

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square.

SPD

HEIDELBERG

gemeinsam gestalten

Kommunalwahlprogramm der SPD Heidelberg
2009 - 2014

Beschlossen von der Kreisdelegiertenkonferenz
am 20. Oktober 2008



Hand
D'rauf!

Inhalt

Präambel: **Heidelberg – gemeinsam gestalten**

1 Eine solidarische Stadtgesellschaft (Das Programm auf einen Blick)

2 Bildungserfolge ermöglichen

- **Kommunale Bildungslandschaft**
- **Frühkindliche Bildung und Betreuung – in Kindern ein Feuer entfachen**
- **Schule als Lebensraum erfahren**
 - Veränderte Lebenswirklichkeiten erfordern ganzheitliche Bildungssysteme
 - Schule und Kindern Raum geben
 - Der Lernort wird zum Lebensraum
 - Schule ein Lebensraum für alle
 - Schule als Begegnungsraum

3 Nah bei den Menschen

- **Gute Arbeit schaffen - Arbeitslosigkeit bekämpfen**
- **Teilhabe ermöglichen**
- **Gleichstellung von Frau und Mann**
- **Daseinsvorsorge als städtische Aufgabe**
- **Armut verhindern – Hilfe zur Selbsthilfe**
- **Sozialer Spaltung vorbeugen**

4 Entwicklung findet Stadt

- **Arbeitsplätze sichern: Handwerk und Wirtschaft stärken**
- **Heidelberg am Neckar - konsequent**
- **Einzelhandel attraktiv gestalten**
- **Quartiersmanagement: vor allem im Emmertsgrund und in der Bahnstadt**
- **Konferenzzentrum und Entwicklung um den Bahnhof**
- **Bahnstadt und Flächen der US-Streitkräfte**
- **Heidelberg - eine Stadt mit vielen Gesichtern**

5 Wohnen ist Menschenrecht

- **Wohnungsentwicklung und Wohnungsbau**
- **Verbesserung des Wohnumfelds**

6 Wissen schafft Zukunft

- **Universität und Stadt**
- **Chancen der Forschungs- und Klinikstandorte Neuenheimer Feld und Bergheim**

7 Raum für Toleranz – Begegnung – Sport

- Integration – Menschen verstehen einander
- Alt und Jung begegnen sich
- Frei-räume für Jugendliche
- Selbstbestimmtes Leben im Alter- barrierefrei
- Sportförderung

8 Unterwegs in Heidelberg

- Mobil mit Bahn und Bus
- Mobil mit dem Auto
- Mobil mit Rad oder zu Fuß
- Mobil auf dem Neckar

9 Umweltschutz lohnt sich

- Heidelberg als Energieverbraucher
- Heidelberg als Satzungsgeber
- Heidelberg als Planungsgemeinde
- Heidelberger Stadtwerke als Produzent

10 Kultur als Brückenbauer

- Kultur ermöglichen
- Der Kultur Raum geben

11 Heidelberg als Teil der Metropolregion

Präambel: Heidelberg – gemeinsam gestalten

Heidelberg ist eine weltberühmte Universitätsstadt mit historischer Altstadt am Fluss und einem Schloss, umgeben von Natur. Zunehmend macht sich Heidelberg einen internationalen Namen als exzellenter Wissenschaftsstandort und mit einer medizinischen Versorgung auf Weltniveau. Viele unterschiedliche Menschen leben in Heidelberg oder finden den Weg in unsere Stadt. Integration und vielfältige Lebensformen und Kulturen sind für uns kein Widerspruch. Den demographischen Wandel wollen wir aktiv gestalten und die Herausforderungen einer älter und „bunter“ werdenden Stadtgesellschaft nutzen. Daraus erwächst aber auch eine besondere **Verantwortung für die Zukunft**.

Unser heutiges Handeln muss Zukunft eröffnen. Bildung, Chancengleichheit, Familienförderung, Kinderbetreuung, Jugendhilfe und Integration haben daher für die SPD die höchste Priorität. Unser Programm hat daher einen **Schwerpunkt: „Bildungserfolge ermöglichen“**. Zukunftssicherung bedeutet auch die Aufwertung der menschlichen Arbeit. Wir behalten die Ansprüche der Schwachen und Förderbedürftigen, die unsere Hilfe brauchen, im Blick. Ihnen gilt unsere besondere Zuwendung. Wir stehen für eine **vorsorgende und aktivierende Stadt**, die Ausgrenzung verhindert und abbaut

Wir wollen Menschen integrieren, preisgünstige Wohnungen und Unterkünfte anbieten, Kindern optimale Betreuungs- und Bildungschancen garantieren, Jugendlichen Begegnungsräume eröffnen, Menschen, die in Not geraten sind, Perspektiven geben sowie Seniorinnen und Senioren ein attraktives Leben im Alter ermöglichen.

Die Frage, ob **Integration** und **sozialer Ausgleich** gelingen, ist für die Wissenschaftsstadt von entscheidender Bedeutung. Voraussetzung hierfür sind klar definierte Ziele für Stadtentwicklung und Konzepte für soziale Verantwortung, die mit entsprechenden Maßnahmenkatalogen gekoppelt sind. Sozialer Frieden, eine aktive Bürgerschaft, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen und Institutionen sind dabei der Nährboden für eine Stadt, in der sich jeder und jede wohl fühlt.

Kommunalpolitik muss hierfür Rahmenbedingungen schaffen. Bürgerschaftliches Engagement, institutionelle Interessensvertretung müssen Hand in Hand gehen mit Gemeinderat und Stadtverwaltung, um Heidelberg als lebens- und liebenswerte Stadt zu bewahren.

Unser Ziel ist, **soziale Stadtentwicklung** durch eine starke Kommune langfristig zu fördern. Öffentliche Leistungen dürfen keinem fehlgeleiteten Marktdenken geopfert werden. Wir treten vielmehr für eine stärkere öffentliche **Daseinsvorsorge** ein.

Wir wollen, dass kommunale Aufgaben auch in kommunaler Verantwortung bleiben und nicht durch PPPs (Public Private Partnerships) finanziert werden.

Eine aktive soziale Kommunalpolitik darf die finanziellen Rahmenbedingungen, die ihr gesetzt sind, nicht außer Acht lassen. Alle Maßnahmen müssen daher auch finanzierbar sein. Den **Stadthaushalt dauerhaft zu konsolidieren** und nicht in hohem Maße Schulden anzuhäufen, ist für uns nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Vernunft. Wir fühlen uns in dieser Hinsicht auch den kommenden Generationen verpflichtet.

Gemeinsam leben wir in dieser Stadt – gemeinsam wollen wir Heidelberg gestalten.

Unser Politikverständnis beruht auf der Vorstellung **aktiver Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger**. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir zukunftsorientierte Entscheidungen vorbereiten und im Gemeinderat umsetzen. Wesentliche Bestandteile einer sozialen Stadtpolitik sind für uns alle Elemente direkter Demokratie.

Die SPD-Fraktion ist die einzige Fraktion in Heidelberg, die jeden Monat öffentliche Fraktionssitzungen abhält und regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger in der Hauptstraße zum Gedankenaustausch lädt. So verstehen wir **unser kommunalpolitisches Programm auch als ein richtungweisendes Angebot an Sie**: Heidelberg soll sich in den nächsten 5 Jahren zu einem der modernsten Schulstandorte im Land entwickeln, ein solidarisches Miteinander pflegen, ökologisch zukunftsweisend und kulturell spannend bleiben.

Wir möchten den Stärken unserer pluralistischen Gesellschaft Raum geben, Verantwortung für gleiche Lebenschancen einräumen, Mut machen und Lust darauf, sich einzumischen.

Unsere Leitziele :

- **Heidelberg nachhaltig und zukunftsorientiert weiterentwickeln**
- **Strukturen für ein soziales, selbst bestimmtes Leben in unserer Stadt schaffen**
- **Unsere Stadt familienfreundlich und l(i)ebenswert gestalten**

1 Eine solidarische Stadtgesellschaft

(Das Programm auf einen Blick)

Die Zukunft der Städte entscheidet über die Zukunft unserer Gesellschaft. **Das Leitbild sozialdemokratischer Politik ist daher die solidarische Stadtgesellschaft.** Es geht uns darum, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung gemeinsam so zu gestalten, dass allen Heidelbergerinnen und Heidelbergern Chancengleichheit bei der Teilhabe am ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben geboten wird.

Auch wir brauchen ein neues „Wir-Gefühl“: als zentralen Faktor für den Zusammenhalt und die Motivation der Menschen. Es lebt davon, dass man füreinander einsteht; es verlangt aktives Aufeinander-Zugehen - nicht nur das Akzeptieren des anderen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die Städte an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung. Demografischer Wandel, gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturwandel fordern neue kommunalpolitische Handlungskonzepte. Sie erfordert vielmehr eine vernetzte, vorausschauende und nachhaltige Politik.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: Chancengleichheit ermöglichen!

Bildung ist von entscheidender Bedeutung, denn sie entscheidet über Wohlstand und Chancengleichheit in allen Städten und Gemeinden. Es darf nicht sein, dass auch künftig die soziale Herkunft des Kindes über seine berufliche und soziale Zukunft entscheidet.

Es ist daher unser Ziel eine neue Bildungslandschaft zu gestalten, die mehr Chancengleichheit, Integration sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Unsere vielfältigen schulischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Jugend- und Familienzentren, Schulen, Volkshochschule und die kulturellen Einrichtungen) gilt es zusammenzuführen zu einem durchlässigen Gesamtsystem: der „Kommunalen Bildungslandschaft Heidelberg. Das „Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HüS) ist eine erste wichtige Maßnahme zur Kommunalen Bildungslandschaft. Eine Ausweitung auf die KITAS (Kindertagesstätten) ist erforderlich.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: ein menschenwürdiges Leben für alle!

Wir stehen zu dem Grundsatz: Heidelberg will eine Stadt des sozialen Ausgleichs sein, die Armut bekämpft, Ausgrenzungen verhindert und soziale Spaltungen überwindet. Diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, müssen sich auf die Solidarität der anderen verlassen können. Zuwanderung aus unterschiedlichen Nationen und Kulturen ist für eine Universitäts- und Forschungsstadt seit jeher die Normalität. Es ist unser Ziel, Heidelberg als eine Stadt des Miteinanders auszugestalten. Allen Anzeichen von sozialer Ausgrenzung und Spaltung in den Stadtteilen gilt es vorzubeugen und entschieden entgegen zu treten. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ebenfalls Ziel und Aufgabe unserer Politik. Ob im Arbeitsleben oder in der Freizeitgestaltung gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter ermöglicht. Dazu gehört auch ein ausreichendes und flexibles Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: gute Arbeit schaffen!

Soziale Kommunalpolitik muss darauf gerichtet sein, Menschen durch ein breites Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen und Menschen in Arbeit zu halten. Wirtschaftsförderung und Stärkung des Handwerks zur Stabilisierung des 1. Arbeitsmarktes ist für die SPD deshalb von großer Bedeutung. Darüber hinaus

hat die Stadt Heidelberg als kommunaler Arbeitgeber für die Arbeitsplätze und die Arbeitsqualität eine besondere arbeitsmarktpolitische Verantwortung. Deshalb sollen betriebsbedingte Kündigungen sowie das „Outsourcing“ von Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden. Wo der 1. Arbeitsmarkt keine Möglichkeiten bietet, müssen die Menschen über Beschäftigungsgesellschaften in Arbeit gebracht werden

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: Wohnen ist Menschenrecht!

Wir brauchen eine familien- und generationengerechte Wohnungspolitik. Gerade für finanzschwache Haushalte und Familien mit geringem Einkommen muss dafür gesorgt werden, dass diese Menschen zu ihrem Recht auf sichere Wohnungsversorgung kommen.

Kernaufgabe einer Stadt ist für die SPD, die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Dafür ist eine ausreichende Zahl an städtischen Wohnungen im mittleren und unteren Preissegment notwendig. Deshalb hat sich die SPD auch entschieden gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen im Emmertsgrund gekämpft.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: attraktive Stadtentwicklung

Heidelberg als lebens- und lebenswerte Stadt zu erhalten, bedeutet auch die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Die Steigerung der Attraktivität des Neckarufers als Gesamtkonzept für alle am Neckar liegenden Stadtteile ist ein wichtiger Beitrag hierzu.

Heidelberg ist eine Stadt mit vielen Gesichtern. Die Sicherung der Nahversorgung in allen Stadtteilen und die Wahrung der unterschiedlichen Identität haben für uns einen hohen Stellenwert. Es ist uns wichtig, dass Heidelberg sich zu einer echten Konferenzstadt weiterentwickelt, mit einem Konferenzzentrum am Hauptbahnhof oder in der Bahnstadt. Gemeinsam mit der Universität und den ansässigen Forschungseinrichtungen ist eine zukunftsfähige Stadtplanung erfolgen, die die Bedürfnisse dieser Einrichtungen berücksichtigt.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: Mobilität für alle!

Der enge Raum in der Stadt muss zwischen ÖPNV, Autos, Fahrrädern und Fußgängern gerecht geteilt werden. Dies wird nur durch ein umfassendes Mobilitätskonzept möglich, in dem für ein gutes Miteinander und gegenseitige Rücksichtnahme geworben wird. Neben einem leistungsfähigen Straßennetz ist für uns der Ausbau des Straßenbahnnetzes ins Neuenheimer Feld und die Altstadt zwingend notwendig.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: Raum für Toleranz – Begegnung - Sport

Zum lebendigen Miteinander unserer Bürgerinnen und Bürger gehört, dass sie vielseitige Begegnungsräume vorfinden. Vereine, soziale und religiöse Organisationen oder Bürgerinitiativen sind für uns daher wichtige Teile des gesellschaftlichen Lebens. Begegnung findet zuallererst im Stadtteil statt. Wir wollen Familien- und Bildungszentren als Bürgerhäuser für alle Fragen zur Betreuung, Erziehung, Gesundheit mit Treff- und Kontaktmöglichkeiten in den Stadtteilen aufbauen. Die Kreativität und Eigeninitiative von jungen Menschen fördern und ihnen Freiräume zur Verfügung stellen, die sie zur Umsetzung ihrer Ideen brauchen, so z.B. im Bahnbetriebswerk ist Ziel unserer Politik. Ein selbst bestimmtes Leben ist für die heutigen und künftigen Seniorinnen und Senioren sehr wichtig. Daher müssen wir die Rahmenbedingungen in unserer Stadt entsprechend verbessern. Jugendgemeinderat, Behindertenbeirat und der Ausländerrat/Migrationsrat sind wichtige Vertretungs- und Beratungsorgane für die Stadtpolitik. Schließlich müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern auch ein attraktives Sport- und Freizeitangebot bieten. Eine herausragende Rolle nimmt dabei der Sport ein; Heidelberg ist eine national und international anerkannte Sportstadt.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: die Umwelt nachhaltig schützen!

Der dauerhafte Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die stetige Verbesserung der Umwelt und die Sicherung der Lebensqualität sind seit Jahren ein vorrangiges Ziel und eine besondere Aufgabe sozialdemokratischer Stadtpolitik.

Wir werden daher auch künftig im Gemeinderat eine Politik der Nachhaltigkeit vertreten, indem wir global denken und lokal handeln.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt: Kultur ist Bildung und „Lebensmittel“

Kulturelle Vielfalt ist nicht nur Bildung und Lebensmittel, sie ist auch Geist und Seele unserer Stadt. Für uns ist Förderung der Kultur keine freiwillige Leistung, sondern zentrale Gestaltungsaufgabe der Politik. Mit Kunst und Kultur werden wichtige Brücken geschlagen – zum kulturellen Erbe, zu Neuem und Fremden. Die Stärken Heidelbergs, Literatur, Musik, Theater, gilt es zu erhalten und zu stärken.

Dem städtischen Theater, dem Philharmonischen Orchester, der Musik- und Singschule, dem Kurpfälzischen Museum und der Stadtbücherei fällt dabei eine besondere Rolle und Verantwortung zu.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt „Mitmachdemokratie“.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch künftig bei wichtigen Sachfragen, die Heidelberg betreffen durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mit erleichterten Voraussetzungen mitentscheiden. Auch in Zeiten der Globalisierung haben wir es selbst in der Hand, was aus unserer Stadtgesellschaft wird. Allerdings brauchen die Bürgerinnen und Bürger Orientierung und Vertrauen in die Nachhaltigkeit unserer Politik.

**Die SPD Heidelberg steht für eine solidarische Mehrheit in unserer Stadt.
Wir haben den Mut, den Wandel und die Zukunft gemeinsam zu gestalten!**

2 Bildungserfolge ermöglichen

Kommunale Bildungslandschaft

Es ist unser Ziel, eine Bildungslandschaft zu gestalten, die mehr Chancengleichheit, Integration sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Die Kommune ist für uns die zentrale Plattform für die Bildung junger Menschen. Sie ist der Ort an dem schulisches, soziales und emotionales Lernen und Bilden stattfindet. Was bedeutet kommunale Bildungslandschaft?

Die Städte prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands: Kindertagesstätten, Familienzentren, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Volkshochschulen und zahlreiche Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Infrastruktur in der Bildung. Wir wollen, die Angebote aller am Prozess der Bildung, Erziehung und Betreuung beteiligten Akteure miteinander verschränken und zu **einem Gesamtsystem** zusammenführen. Schulische und außerschulische Bildung ist nicht mehr allein Aufgabe einzelner Einrichtungen, sondern liegen in der Verantwortung aller.

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen in einem ersten Schritt ein kommunales Bildungsbüro einrichten, in dem Koordination der Netzwerke sowie Konzeptentwicklung stattfindet. Mittelfristig sollte eine Zusammenführung der Aufgaben des Kinder – und Jugendamtes und des Schulverwaltungsamtes zu einem Amt für Bildung erfolgen
- Wir wollen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, sowie der Wirtschaft, Kultur und des Sports systematisch und verbindlich in die Bildungsverantwortung mit einbeziehen
- Wir wollen Familien- und Bildungszentren als Bürgerhäuser für alle Fragen zur Betreuung, Erziehung, Gesundheit mit Treff- und Kontaktmöglichkeiten in den Stadtteilen aufbauen. Dabei haben Stadtteile mit hohem Anteil an von Armut betroffenen oder bedrohten Familien oberste Priorität.
- Wir fordern den Ausbau der kommunalen Verantwortung für die Schulen und eine erweiterte Selbständigkeit der Schulen in Baden-Württemberg
- Wir wollen das „Heidelberger Unterstützungssystem Schule“ (HüS) als eine erste wichtige Maßnahme zur Kommunalen Bildungslandschaft umsetzen. Das heißt: die Stadt Heidelberg finanziert jährlich zunächst an 6 Schulen im Heidelberger Süden 6000 zusätzliche Stunden für Förderunterricht, musische Ausbildung und Lesekompetenzförderung. Als Bildungspartner im HüS stehen die Volkshochschule, die Musik- und Singschule sowie die Stadtbücherei zur Verfügung. Die Schulen können entsprechend ihres Bedarfs bei diesen Bildungspartnern diese Stunden buchen.

Frühkindliche Bildung und Betreuung – in Kindern ein Feuer entfachen

Unser Ziel ist es, Kinder so früh wie möglich zu fördern und sie dabei zu unterstützen, dass sie ihre Fähigkeiten, Potenziale und Stärken frei entfalten können. In Kindern die Neugierde wecken, ihren Wissensdurst stillen ist zunächst **Aufgabe der Kindertagesstätten (KITAS)**. Damit haben KITAS nicht nur einen Erziehungs-, sondern vor allem einen **Bildungsauftrag**. Kinder in ihrer frühkindlichen Entwicklung optimal fördern ist ein elementarer Baustein für Chancengleichheit. Gerade die Sprachförderung im frühen Kindesalter hilft, einen guten Schulstart zu ermöglichen. Wir wollen auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, um Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Heidelberg optimal zu unterstützen. Wir fordern für jedes Kind einen gebührenfreien Kindergartenplatz.

Maßnahmen 2009-2014:

- Wir wollen Qualitätsstandards für frühkindliche Bildung durch passende räumliche, sächliche und personelle Infrastruktur in unseren KITAS definieren und garantieren.
- Wir wollen eine umfassende und kostenfreie Förderung aller Kinder von ALG II- und einkommensschwachen Familien in den Bereichen Kunst-, Kultur, Naturwissenschaften, Musik und Sport in den KITAS.
- Wir wollen angemessene Zeitressourcen für die Planung, Vorbereitung und Reflexion der pädagogischen Arbeit in den KITAS, damit die ErzieherInnen ihrem Auftrag nachkommen können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass ab dem vollendeten 3. Lebensjahr für alle Kinder, bei denen ein Bedarf nachgewiesen wird, eine Sprachförderung beginnt, insbesondere ist eine spezielle Sprachförderung für Migrantenkinder. Wir fordern darüber hinaus gezielte Sprachförderungsangebote für Eltern, insbesondere für Mütter von Kindern mit Migrationshintergrund.
- Wir wollen auch muttersprachliche Bildungsangebote für Kinder mit Migrationshintergrund zur Stärkung der sozialen und kognitiven Kompetenz. Die Stadt soll hierfür die Qualitätssicherung und Koordination übernehmen.
- Wir wollen im Rahmen des Programms „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“ die Einführung eines reduzierten Essensbeitrages in Höhe von 1 Euro für einkommensschwache Familien.
- Wir fordern flexiblere Öffnungszeiten in den KITAS. In der Stadt muss es auch Betreuungsangebote nach 16.30 Uhr geben. Die Schließungszeiten sollten auf wenige Tage begrenzt werden, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Wir unterstützen die städtische Initiative Elternberatung in den KITAS durch professionelle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- Wir wollen die derzeitige Betreuungssituation bei den unter 3 jährigen in Heidelberg weiter bedarfsgerecht ausbauen.

Schule als Lebensraum erfahren

Unser Ziel ist es, Bildungsaufstiege mehr als bisher zu ermöglichen. Für uns heißt dies: **Einführung von Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag**, indem sich Unterricht und Freistunden entsprechend der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abwechseln. Die soziale Herkunft darf nicht länger über Bildungserfolg oder Misserfolg entscheiden, vielmehr gilt es endlich **Chancengleichheit** im Bildungswesen herzustellen. Optimale individuelle Förderung, jeden und jede mitnehmen – das müssen Leitgedanken für eine Schulpolitik sein, die die individuellen Erfolge junger Menschen ins Zentrum stellt. Wo CDU und FDP im Land bremsen, müssen die Kommunen aufs Gas drücken und den Druck auf Stuttgart erhöhen, d.h. Anträge für Pilotprojekte stellen und Forderungen nach Ganztagschulen, individuellem Förderangebot, verbindliche Festlegung kleiner Klassengrößen über den Städtetage auf Landesebene einbringen.

Maßnahmen 2009-2014:

Veränderte Lebenswirklichkeiten erfordern ganzheitliche Bildungssysteme

- Wir unterstützen als ersten Schritt Pilotmodelle 6jährige Grundschule mit Orientierungsstufe oder Entwicklung von Gemeinschaftsschulen (Hauptschule/Realschule bzw. berufliche Schule); unser Ziel ist langfristig die 10jährige Gemeinschaftsschule.
- Wir fordern gebundene Ganztagschulen mit neuen pädagogischen Konzepten der individuellen Förderung von Kindern und einem rhythmisierten Schulalltag.

Schule und Kindern Raum geben

- Wir wollen, dass das umfassenden Schulsanierungs- und Modernisierungsprogramms aller 36 staatlichen Schulen in einem Zeitraum von vier Jahren (2009 – 2012) umgesetzt wird. Als Qualitätsstandards wollen wir, dass
 - alle Schulen, ob Grund- oder weiterführende Schulen, künftig über geeignete Mensen/Bistros/Essensräume sowie Begegnungsräume verfügen.
 - die Schulhöfe als attraktive Außenflächen deutlich aufgewertet werden
 - die technische Ausstattung der weiterführenden Schulen gemäß der Gregor-Mendel-Realschule erfolgt
 - ausreichende Räume bzw. Arbeitsplätze für die Lehrkräfte geschaffen werden.
- Wir wollen die Realisierung des Umbaus der IGH in einem Zeitraum von drei Jahren (2009 – 2011).
- Wir fordern eine städtische Konzeption und Realisierung des „Schulzentrum Mitte“. Das heißt für uns der Aus- und Umbau der Willy-Hellpach-Schule sowie der Julius-Springer-Schule, verbunden mit einer Gesamtkonzeption zur Attraktivitätssteigerung des Außengeländes.
- Wir wollen die Aufstockung des Personalstandes beim Gebäudemanagement der Stadt zur Umsetzung des Schulmodernisierungsprogramms (eine Forderung, die wir schon 2007 erhoben haben, dieser Antrag wurde jedoch von den Konservativen mehrheitlich abgelehnt).

- Wir unterstützen zukunftsweisende Planungen für die Bahnstadt, die einen modularen Ausbau der geplanten Grundschule zu einer weiterführenden Gesamtschule (einschließlich Sekundarstufe 2) vorsieht.

Der Lernort wird zum Lebensraum

- Wir erwarten von der Stadtverwaltung das Initiieren und Koordinieren vielfältiger Angebote an unseren Schulen im sportlichen, musischen und naturwissenschaftlichen Bereich durch Kooperationen mit Sportvereinen, der Musik- und Singschule, dem Theater und Orchester und der EXPLO.
- Wir wollen mit medienpädagogischen Konzepten Kindern ab der Grundschule einen verantwortungsbewussten Umgang mit Computern ermöglichen.

Schule ein Lebensraum für alle

- Wir wollen einen Fonds für Kinder aus einkommensschwachen Familien und ALG II-Familien zur finanziellen Unterstützung beim Kauf von Schulbüchern und -materialien und von Klassenfahrten einrichten.
- Wir wollen Schulsozialarbeit an allen Schultypen einführen.
- Wir fordern gebührenfreie, unbürokratische Förderangebote für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Eine erste Maßnahme stellt das „Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HüS) dar.
- Wir setzen uns für ein bedarfsgerechtes Angebot von Sprachförderprogrammen an allen Grundschulen in der 1. Klasse ein.
- Wir wollen eine finanzielle Unterstützung für integrative Elternarbeit.

Schule als Begegnungsraum

- Wir wollen Elternberatungsangebot in allen Schulen – auch als Fremdsprachenberatung (vor allem in Türkisch und Russisch).
- Wir fordern Suchtberatung und Informationen für Kinder & Jugendliche und Eltern.

3 Nah bei den Menschen

Es ist unser Ziel, Heidelberg als eine Stadt des Miteinander auszugestalten. Wir verstehen unsere Arbeit als soziale Kommunalpolitik. Der soziale Gedanke ist unser roter Faden, der sich durch alle Gebiete kommunaler Politik zieht. Eine **vorsorgende und aktivierende Stadt** Heidelberg, die **Ausgrenzung verhindert** und abbaut sehen wir als zentrale Zukunftsaufgabe. Nach unserem Verständnis muss Stadtentwicklungspolitik einerseits allen ermöglichen, die Chancen einer offenen Gesellschaft zu nutzen, andererseits jenen helfen, die Opfer dieser Entwicklung zu werden drohen. Hilfen zur Selbsthilfe, Bürgerschaftliches Engagement, Soziale Netzwerke, Nachbarschaftshilfen und die Träger der Freien Wohlfahrt leisten hier einen wichtigen Beitrag. Wichtig ist es, die begrenzten Spielräume der Stadt bestens zu nutzen, um die Arbeitslosigkeit konsequent zurückzudrängen. Wir behalten die Ansprüche der Schwachen und Förderbedürftigen, die unsere Hilfe brauchen, im Blick – **Solidarität** ist für uns Verpflichtung. Ihnen gilt unsere besondere Zuwendung.

Ziel von Stadtpolitik muss es im Rahmen ihrer Möglichkeiten sein: **Menschen in Arbeit zu bringen und Menschen in Arbeit zu halten**. Wirtschaftsförderung und Stärkung des Handwerks zur Stabilisierung des 1. Arbeitsmarktes ist für die SPD von großer Bedeutung. Wo der 1. Arbeitsmarkt keine Möglichkeiten bietet, müssen die Menschen über Beschäftigungsgesellschaften in Arbeit gebracht werden. Aufgabe von sozialer Kommunalpolitik ist für uns: durch gezielte städtische Förderung und Vergabe öffentlicher Aufträge gekoppelt an Sozialkriterien diese Form der Beschäftigung zu ermöglichen. Abgesehen von der sozialpolitischen Dimension, der Hilfe beim Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein festes Arbeitsverhältnis, hilft dieses Engagement auch Transferleistungen beziehungsweise Transferkosten, zu vermeiden.

Anzeichen von sozialer Spaltung in der Stadt gilt es **entschieden entgegen zu treten** und Stadtteile gezielt weiterzuentwickeln. Nach dem Bericht zur Sozialen Lage sind in der Universitätsstadt Heidelberg ca. 11.600 Menschen (8,1%) arm oder armutsgefährdet, darunter 2.600 Kinder und Jugendliche. Es lässt sich seit langem eine Verstetigung von Armut in Armutsinseln beobachten. Ängste und Risiken sowie das Gefühl mangelnder sozialer Sicherheit nehmen zu und haben die breite Mittelschicht bereits erreicht. Für uns bedeutet dies: Stadtteilpräventionsarbeit. Für gefährdete Stadtteile müssen Konzepte eines **Quartiersmanagements** gemeinsam mit den Trägern der Freien Wohlfahrt, den Kirchen und den Sozialpartnern aufgelegt werden. Der Abbau räumlicher Disparitäten durch Erweiterung der sozialen, kulturellen und Bildungsinfrastruktur zählen für uns ebenso dazu wie gezielte Wohnumfeldverbesserungen.

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist Ziel unserer Politik. Ob im Arbeitsleben oder in der Freizeitgestaltung gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine **gleichberechtigte Teilhabe** beider Geschlechter ermöglichen. Aus Sicht einer Kommune sind dies vor allem ein ausreichendes und flexibles Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Thema „Angsträume“ verbunden mit der Ermöglichung von Mobilität für Frauen gerade auch nachts sowie der Bereich der Präventionsarbeit mit Mädchen, die auf eine Stärkung des Selbstbewusstseins abhebt. Für uns sind Institutionen wie Frauenhaus, Frauennotruf, Mädchenhaus und das internationale Frauen- und Familienberatungszentrum wichtige Partner in der Stadt.

Gute Arbeit schaffen - Arbeitslosigkeit bekämpfen

Maßnahmen 2009-2014

- Wir setzen darauf, dass der künftige Campus 2 in der Bahnstadt offensiv geplant und mit städtischen Förderprogrammen vor allem Existenzgründerinnen mit forschungsnahen Unternehmen eine Chance geben wird. Neugründungen von Meisterbetrieben im Handwerk gilt es im Gewerbepark an der Eppelheimerstraße Chancen zu eröffnen.
- Wir erwarten von der Stadtverwaltung, dass sie die Technologieregion Heidelberg-Rhein-Neckar durch Initiativen stärkt, Flächen sichert, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
- Wir wollen Menschen in Arbeit bringen, deshalb muss das bewährte "Heidelberger Programm für Beschäftigung im städtischen Haushalt" weitergeführt, wenn möglich, verstärkt werden. Heidelberg ist bundesweit bekannt für sein Engagement für soziale Beschäftigungsunternehmen im 3. System, z.B. Die Werkstatt gGmbH, die Heidelberger Dienste, oder die "Initiative zur Förderung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke e.V.", wo gerade Langzeitarbeitslose neue Chancen erhalten.
- Wir wollen, dass die Stadt unter besonderer Berücksichtigung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch weiterhin Ausbildungsplätze in der Verwaltung über ihren eigenen Bedarf hinaus anbietet.

Teilhabe ermöglichen

Maßnahmen 2009-2014:

- Wir setzen uns für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige ein.
- Wir wollen eine Verbesserung der Angebote für Bedürftige /u. a. mit Heidelberg Pass: stark vergünstigt: Bädereintritte und ÖPNV-Ticket, sowie kostenfreie Besuche: Theater, Museum, Übernahme der Beiträge von Musik- und Singschule, Sportvereinen, Ferienbetreuung mit Kostenübernahme, Kostenübernahme von schulischen Verbrauchsmaterialien und Ausflügen Schullandheim.
- Wir wollen ein Sozial-ÖPNV-Ticket für ALG II Empfänger.
- Wir setzen darauf, dass die Stadt Vereine, Verbände, Kirchen und Einwohnerinitiativen weiterhin als wichtige Bündnispartner für eine ausgewogene Sozial- und Kommunalpolitik begreift und gemeinsam Projekte mit ihnen entwickelt.
- Wir wollen Modelle für „behindertengerechten Ausbildungs- und Arbeitsplätze“.
- Wir wollen eine barrierefreie Stadt, in der sich Menschen mit Behinderungen ebenso leicht bewegen können, wie Menschen ohne Behinderung.

Unsere weiteren Forderungen zur Chancengerechtigkeit im Bildungswesen sind detailliert im Kapitel „Bildungserfolge ermöglichen“ aufgeführt.

Gleichstellung von Frau und Mann

Maßnahmen 2009-2014:

- Wir wollen, dass die Arbeit der Kontaktstelle Frau und Beruf und das Konzept des GründerInnenzentrums weiterentwickelt wird, um Frauen, vor allem auch Berufsrückkehrerinnen, den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern.
- Wir wollen, dass die Beseitigung von Angsträumen als wichtiger Bestandteil von Stadtplanung gesehen wird. Deshalb muss das Amt für Chancengleichheit an der Stadtplanung beteiligt werden.
- Wir sind für dafür, dass das Frauennachttaxi als Maßnahme erhalten bleibt. Die Konzentration des Angebots auf besondere Zielgruppen, wie junge Mädchen und Seniorinnen, tragen wir nur unter dem Aspekt der finanziellen Substanzsicherung mit. Bei einer verbesserten Einnahmesituation der Kommune muss über eine Ausweitung des Angebots erneut diskutiert werden.
- Wir wollen, dass Kinderbetreuungsangebote mit ihren Öffnungszeiten auch den Bedürfnissen Alleinerziehender Rechnung tragen. Ein wichtiges Ziel unserer Politik ist die Abdeckung der Ferienzeit durch Betreuungsangebote der Stadt oder freier Träger.
- Wir setzen uns für die Fortsetzung des Platzverweisverfahrens und die Interventionsstelle ein.

Daseinsvorsorge als städtische Aufgabe

Maßnahmen 2009-2014:

- Wir wollen eine sichere Versorgung bei Energie, Wasser und Müll durch städtische Betriebe garantieren und werden uns gegen jegliche Verkaufsgedanken zur Wehr setzen.
- Wir stehen für den Erhalt des städtischen Wohnungsbestandes auch zur Versorgung einkommensschwacher Haushalte. Der monatelange Einsatz der SPD für den Erhalt der städtischen Wohnungen auf dem Emmertsgrund hat gezeigt, dass wir für unsere Überzeugungen eintreten und kämpfen.

Armut verhindern – Hilfe zur Selbsthilfe

Maßnahmen 2009-2014:

- Wir wollen die Schuldnerberatungsstellen als die wichtigsten Institutionen zur Bekämpfung von Armut und dem Schaffen von neuen Perspektiven für überschuldete Menschen erhalten.
- Wir wollen den von der SPD initiierten Essensfonds im Rahmen „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“ zum 1 € Mittagstisch für Kinder aus einkommensschwachen Familien oder ALG II-Beziehern umwandeln.

- Wir werden uns weiterhin einsetzen, dass die gute Kooperation zwischen der Bundesagentur für Arbeit und unserer Stadt im Jobcenter beibehalten und weiterentwickelt wird.
- Wir sagen Projekten der Kirchen, Gewerkschaften oder der Freien Wohlfahrtspflege, wie z.B. dem Manna-Projekt der Diakonie, Kinderschutzzentrum oder Organisationen wie Obdach e.V. unsere Unterstützung zu.
- Die soziale Arbeit für Menschen in Not- und Übergangsquartieren – wie die Arbeit der Caritas im Mörgelgewann - ist politisch notwendig und wird von uns nachhaltig unterstützt.
- Wir wollen Sozialpaten und -patinnen mit Hilfe geschulter Ehrenamtlicher einführen, die frühzeitig Familien und Alleinerziehende bei Behördengängen unterstützen und frühzeitig bei finanziellen Schwierigkeiten beraten, um den Einstieg in die Schuldenfalle zu vermeiden.

Sozialer Spaltung vorbeugen

- Wir wollen, dass Leitziele für eine Stadtteilprävention erarbeitet werden, mit der eine soziale Ausgrenzung in Heidelberg verhindert wird, v.a. im Heidelberger Süden besteht Handlungsbedarf wie der Bericht zur sozialen Lage offenbart hat.
- Wir wollen dort Stadtteilbüros als niederschwellige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil einführen. Konzepte sind mit den bewährten Sozialpartnern zu erarbeiten. Zentrale Aufgabe soll sein: ein vernetztes Quartiersmanagement mit folgenden Schwerpunktzielen:
 - Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkeren Haushalten bzw. Anreize für den Zuzug solcher Haushalte
 - Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteile durch Beschäftigungsprojekte, Kooperationen
 - Verbesserung der sozialen Kontakte durch Nachbarschaftsprojekte, Begegnungsmöglichkeiten
 - Aufwertung des Stadtteils durch gezielten Ausbau sozialer und kultureller Infrastruktur
 - Aufwertung des öffentlichen Raums unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort
 - Schaffung tragfähiger Netzwerke
- Wir wollen gezielt mit dem „Heidelberger Unterstützungssystem Schule“ (HüS) die Schulen im Heidelberger Süden stärken. Das System sieht vor, dass die Stadt Heidelberg jährlich zunächst an 6 Schulen 6000 zusätzliche Stunden für Förderunterricht, musische Ausbildung und Lesekompetenzförderung finanziert. Als Bildungspartner stehen hierfür die Volkshochschule, die Musik- und Singschule sowie die Stadtbücherei zur Verfügung. Die Schulen können entsprechend ihres Bedarfs bei diesen Bildungspartnern diese Stunden buchen.

4 Entwicklung findet Stadt

Unser Ziel ist es, Heidelberg als lebens- und liebenswerte Stadt mit sozialer Verantwortung zu erhalten und gleichzeitig für die Zukunft fit zu machen. Heidelbergs Stadtentwicklungspolitik ist nach dem Stadtentwicklungsplan 2015 vom Leitbild der **nachhaltigen Entwicklung** und des **sozialen Zusammenhalts** geprägt. Wir bekennen uns dazu. Es geht für uns in allererster Linie darum, vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen bzw. in die Stadt zu holen. Wir wollen öffentliche Investitionen – Neubau, Sanierung und Vermögenssicherung – tätigen, um Auftragsvolumen für Handwerk und Wirtschaft vor Ort zu schaffen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Eine ausreichende Versorgung der Menschen mit preisgünstigem Wohnraum ist für uns ebenso bedeutsam wie die Steigerung der Attraktivität der Stadt durch die Aufwertung des über 20 km langen Neckarufers. Wir streben konsequent eine Verbesserung für alle am Neckar liegenden Stadtteile an.

Für uns ist Heidelberg mehr als nur die Altstadt mit Schloss. **Heidelberg ist eine Stadt mit vielen Gesichtern.** Für uns heißt dies, die Identitäten der Stadtteile zu stärken und die Nahversorgung in allen Stadtteilen zu sichern. Gerade für Familien und Seniorinnen und Senioren ist es wichtig, dass sie Lebensmittel und Waren für den täglichen Bedarf in Fußnähe in ihrem Wohnort vorfinden. Die Erfahrungen im Emmertsgrund, wo die Stadt auf intensives Betreiben der SPD das Forum gekauft und weitervermietet hat, haben gezeigt, dass dadurch eine konstante Versorgung gewährleistet werden kann. Für die Entwicklung der Altstadt ist für uns die Richtung durch die Ergebnisse des Innenstadtforschungsforums mit denen die Angebotsvielfalt und Qualität in der Altstadt und am Bismarckplatz verbessert werden soll, vorgegeben. Dabei sind behutsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeiten auszuloten wie Modernes und Denkmalschutz zu vereinbaren sind.

Heidelberg muss sich zu einer echten Kongressstadt weiterentwickeln. So werden mittel- und langfristig neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir bleiben bei unserer Überzeugung, dass der richtige Standort für ein **Konferenzzentrum am Bahnhof oder in der Bahnstadt** ist. Die optimale verkehrliche regionale und überregionale Anbindung, die Nähe zur Altstadt (8 Min. mit der Straßenbahn) und nach Bergheim (Stadtbücherei, Altes Hallenbad zu Fuß erreichbar) sowie die Möglichkeit ein Hotel in direkter Nähe zum Konferenzzentrum bauen zu können, sprechen eindeutig für diese Standorte. Die Entscheidung der konservativen Mehrheit im Gemeinderat für die Erweiterung der Stadthalle halten wir für einen Fehler.

Für den neuen Stadtteil Bahnstadt wollen wir von Anfang an ein **Quartiersmanagement**, das die Eigeninitiativen für ein verständnisvolles Miteinander in einem sozial und kulturell aktiven Stadtteil fördert. Quartiersmanagement ist ein konkreter Ansatz der Stadtteil- und Quartiersentwicklung, der **soziale Arbeit, Wirtschaftsförderung, Stadtplanung**, Bildungs- und Kulturarbeit zusammen bindet. Im Emmertsgrund ist dies nachsorgend und in der Bahnstadt vorsorgend verbindlich festzuschreiben. D.h dass von Anfang das Engagement der Bewohner/innen durch gemeinsame Projekte gefördert und die Bildung eines positiven Images für ihren Stadtteil gestärkt werden muss. Für den Emmertsgrund gilt es die im Stadtteil von Bezirksbeirat, dem Stadtteilverein und vielen Organisationen entwickelten Ideen und Maßnahmen endlich umzusetzen.

Arbeitsplätze sichern und schaffen: Handwerk und Wirtschaft stärken

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen, dass die städtische Wirtschaftsförderung eine progressive Ansiedlungspolitik betreibt und Hilfen anbietet statt bürokratische Hürden aufzubauen.
- Wir wollen die Branchentreffen weiterführen, denn der kurze Draht zwischen Stadt und Wirtschaft hat sich bewährt.
- Wir sind für weitere Umweltprojekte mit klein- und mittelständischen Betrieben.
- Wir wollen, dass Handwerkerhöfe in geeigneten Stadtteilen geschaffen werden.

Heidelberg am Neckar - konsequent

Maßnahmen 2009-2014

Altstadt/Bergheim

- Wir wollen eine verkehrsfreie Neckarpromenade mit Aufenthaltsqualität vom Karlstor bzw. Neckarmünzplatz bis zur Stadthalle, verbunden mit einem schlüssigen Verkehrskonzept, das die Altstadtgassen nicht übermäßig beansprucht. Außerdem muss eine sinnvolle Erschließung zum Jachthafen in Bergheim erfolgen.
- Wir wollen bis zu einer Entscheidung zum Neckarufertunnel die regelmäßige Vollsperrung des Neckarstadens an einzelnen Wochenenden in den Sommermonaten.
- Wir wollen, dass für den Altstadttunnel ein schlüssiges und klares Finanzkonzept sowohl für Bauinvestitionen wie Betrieb bis 2010 vorgelegt wird. Es bedarf einer eindeutigen Zusage des Landes über Förderfähigkeit und Förderhöhe, bevor in Heidelberg eine endgültige Entscheidung über die Realisierung des Tunnels gefällt werden kann. Die Stadt muss bis dahin offen legen, welche Folgen die finanziellen Belastungen des Tunnels für die städtischen Aufgaben der Daseinsvorsorge haben. Die jeweiligen Belange der Stadtteile sind in die Finanzplanung einzubeziehen. Dabei hat die SPD klare Position, was von einer Gegenfinanzierung für den Tunnel auszuschließen ist:
 - keine Privatisierung städtischer Gesellschaften (Stadtwerke/ GGH) für die Finanzierung eines Tunnels
 - keine Kürzungen von so genannten freiwilligen Leistungen, die tatsächlich für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft notwendig sind (Zuschussbereich z.B. für soziale und kulturelle Projekte, ÖPNV)
 - kein Schieben notwendiger Maßnahmen, die auf dem Bericht zur sozialen Lage aufbauen
 - kein Verkauf städtischer Wohnungsbestände

Wir fordern die Wiedereröffnung der Fährbetriebe in der Altstadt und in Bergheim zum Neuenheimer Ufer.

Neuenheim/Ziegelhausen

- Wir setzen uns für die Erweiterung des Zoos mit 2. Eingang am Neckar und dortigem Cafe/Restaurant ein.
- Wir wollen, dass im Bereich des alten Römerbades am Nordbrückenkopf der Ernst-Walz-Brücke Grill- und Freizeitmöglichkeiten mit schwerpunktmäßigem Angebot für Jugendliche konzipiert werden.
- Wir wollen, dass der Leinpfad zu einem breiten naturnahen Fußweg ausgebaut wird, um Rad- und Fußweg trennen zu können.
- Wir sind dafür zu prüfen, eine teilweise Bewirtung auf der Nepomuk-Terrasse zuzulassen.
- Wir sind für weitere Schiffe zur gastronomischen Versorgung an der Promenade/ Neckarwiese.
- Wir wollen mehr Sitzmöglichkeiten und Tische beim Gebiet ehemaliges Flussschwimmbad in Ziegelhausen.

Wieblingen /Schlierbach

- Wir wollen die Durchgängigkeit des Spazierweges zwischen dem Stauwehr Wieblingen und dem Ortsrand Wieblingen entlang des Flusses verbessern.
- Wir wollen eine attraktive Aufenthaltsqualität am Neckarufer (Am Neckarhamm) Konzepte, wie z.B. der Strand, der für die Altstadt angedacht ist, ließen sich auch in Wieblingen verwirklichen.
- Wir wollen eine gestalterische Aufwertung der Neckarwiesen und des Abgangs einschließlich der Ortseingangssituation in Wieblingen Ost.
- Wir wollen damit insbesondere Erlebnisräume für Kinder (z. B. Natur-Lehrpfad, Skulpturenpfad) und attraktive Aufenthalts- und Erholungsflächen für Erwachsene schaffen.
- Wir wollen einen breiten Fußweg am Neckar entlang von Schlierbach bis Wieblingen.

Einzelhandel attraktiv gestalten

Maßnahmen 2009-2014

- Wir sind für den bedarfsgerechten Ankauf von zentralen Gebäuden in Stadtteilen und weitervermieten an Einzelhändler zur Sicherung der Nahversorgung.
- Wir stehen zur Entwicklung des Standorts Theaterstraße unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes, Erhalt der Schulgebäude am Standort, Verzicht auf Überbauung des Theaterplatzes sowie des Kinos am Standort Theaterstraße.

- Wir setzen uns für eine Möblierung der Hauptstraße zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität ein.
- Wir wollen die Entwicklung des Standorts Bismarckplatz als Priorität 2 nach der Theaterstraße.

Quartiersmanagement: vor allem im Emmertsgrund und in der Bahnstadt

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen, dass frühzeitig eine Anlauf- und Beratungsstelle für die neuen Bewohnerinnen und Bewohner in der Bahnstadt ein sog. „K.I.O.S.K. „(Kontakt, Information, Organisation, Selbsthilfe, Kultur) eingerichtet wird.
- Wir erwarten, dass von diesem K.I.O.S.K gezielt kulturelle und soziale Aktivitäten in der Bahnstadt initiiert werden, um das Zugehörigkeitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken.
- Wir wollen, dass die Stadt gemeinsam mit der GGH den Runden Tisch im Emmertsgrund wieder aufleben lässt, um mit Bezirksbeirat, Organisationen und Menschen auf dem Emmertsgrund die Attraktivität steigernde Maßnahmen zu entwickeln.
- Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung die bereits auf dem Emmertsgrund formulierten Maßnahmen (wie z.B. den Rückbau der Fußgängerbrücken) mit den Restmitteln aus dem Programm Soziale Stadt endlich umsetzt.
- Wir fordern städtische Maßnahmen zur Verschönerung des öffentlichen Raums (Wände etc) bzw. Maßnahmen der GGH zur Fassadenverschönerung auf dem Emmertsgrund.

Konferenzzentrum und Entwicklung um den Bahnhof

Maßnahmen 2009-2014

- Der Westen Heidelbergs bietet hervorragende Chancen für eine weitere Entwicklung unserer Stadt. Das Gebiet um den Hauptbahnhof herum verlangt nach infrastrukturellen Verbesserungen – von der Verkehrsführung bis zur Erschließung brachliegender Industrieflächen. Hier kann langfristig ein attraktiver Standort für das Wohnen und Arbeiten, das Einkaufen und Forschen entstehen – als Ergänzung zur Kernstadt östlich der Sofienstraße, in der städtebaulichen Eingriffen wegen der historisch gewachsenen Bausubstanz engere Grenzen gesetzt sind.
- Wir fordern von der Stadtverwaltung ein stadtplanerisch überzeugendes Konzept für die Entwicklung rund um den Hauptbahnhof, das funktional eine Verknüpfung von Neuenheimer Feld mit Universität und Kliniken, Campus 2 und Altklinikumsgelände herstellt.
- Wir halten am Konferenzstandort am Hauptbahnhof fest: Es ist der verkehrsgünstigste Standort und er befördert die Zukunftssachse.

- Wir planen, den Hauptbahnhof besser an die Innenstadt anzubinden – nicht zuletzt durch Markierungen, die am Hauptbahnhof ankommende Besuchern den Weg in die Innenstadt weisen und ihnen Wissenswertes auf Schritt und Tritt nahe bringen.
- Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau des Hotelangebots durch Ansiedlung vor allem eines Hotels für junge Menschen und junge Familien.

Bahnstadt und Flächen der US-Streitkräfte

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen, dass die Stadt die Entwicklung der Bahnstadt auf den Restflächen außerhalb der EGH-Flächen vorantreibt und von Baubeginn an ein begleitendes Quartiersmanagement betreibt.
- Wir wollen, dass 25% des Wohnungsbaus in der Bahnstadt preisgünstiger Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen wird.
- Wir wollen, dass die Halle 02 möglichst lange am Standort erhalten bleibt und dann ein neues Domizil in der Bahnstadt erhält. Derzeit dort ansässige Gewerbebetriebe sollen ebenfalls Ersatzflächen in der Bahnstadt erhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Bahnbetriebswerk in Regie des Jugendgemeinderats zum Treffpunkt für Jugendliche wird.
- Wir erwarten von der Stadt, dass sie unabhängig vom konkreten Abzug der amerikanischen Streitkräfte, stadtplanerische Alternativnutzungen mittel- und langfristig entwickelt. Bei Abzug der US-Streitkräfte aus Heidelberg muss die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, die frei werdenden Flächen zu erwerben.

Heidelberg - eine Stadt mit vielen Gesichtern

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen die Stadteilkultur fördern.
- Wir wollen die Nahversorgung in den Stadtteilen langfristig sichern.
- Erhaltungssatzungen und Sanierungsprogramme, z. B. im Ortskern von Rohrbach, sind zügig umzusetzen. Dafür sind auch ausreichende Haushaltsmittel im städtischen Haushalt bereitzustellen und erforderlichenfalls zur Vorfinanzierung bereitzuhalten.
- Wir wollen, dass ein Leitbild für die Innenstadt erarbeitet wird.
- Wir wollen Stadtteilbüros als niederschwellige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen einführen, wo es Bedarf gibt. Konzepte sind mit den bewährten Sozialpartnern zu erarbeiten. Zentrale Aufgabe soll sein: ein vernetztes Quartiersmanagement.
- Wir wollen Familien- und Bildungszentren als Bürgerhaus für alle Fragen zur Betreuung, Erziehung, Gesundheit mit Treff- und Kontaktmöglichkeiten in den

Stadtteilen aufbauen, dabei haben Stadtteile mit hohem Anteil an von Armut betroffenen oder bedrohten Familien oberste Priorität.

- Wir wollen den öffentlichen Raum in den Stadtteilen aufwerten und gestalten. Dabei soll ein Bezug zur Geschichte, Tradition und Kultur des Stadtteils hergestellt werden, so z.B. Wäschereiwesen in Ziegelhausen, Weinbau in Rohrbach, landwirtschaftliche Nutzung in Kirchheim, die Mühlen tradition in Wieblingen, aber gleichzeitig den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht werden.
- Wir wollen den Bezirksbeiräten in den Stadtteilen ein selbst verwaltetes Budget für Kulturprojekte im Stadtteil, pro Stadtteil 10.000 € pro Jahr, zur Verfügung stellen. Dies ist für uns ein erster Schritt in Richtung mehr Entscheidungsmöglichkeiten für Bezirksbeiräte.

5 Wohnen ist Menschenrecht

Unser Ziel ist es, dass Heidelberg ein attraktiver Wohnstandort für viele unterschiedliche Menschen bleibt. Die hohe Reputation der Universität und Kliniken vor Ort bietet attraktive Studien- und Arbeitsplätze. Die hervorragende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und das vielfältige kulturelle Angebot wirken vor allem für junge Familien anziehend. Wo sich für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. junge Familien oder Studierende, Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt auftun, muss die Stadt mit ihrer städtischen Wohnungsbaugesellschaft dafür Sorge tragen, dass auch diese Menschen in Heidelberg eine Bleibe finden. Kernaufgabe einer Stadt ist die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Die Stadt muss langfristig Stadtentwicklung aktiv steuern, dafür muss sie über eine ausreichende Zahl an Wohnungen gerade im mittleren und unteren Preissegment verfügen.

Die SPD hat deshalb 2007/2008 zum Bündnis für den Emmertsgrund aufgerufen und gemeinsam mit u.a. der AWO, den Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen und Institutionen den Bürgerentscheid für den **Erhalt der städtischen Wohnungen auf dem Emmertsgrund** erreicht. Im positiven Entscheid für den Erhalt der städtischen Wohnungen sehen wir den Auftrag an die Stadt und die GGH verbunden, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer deutlichen Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität im Emmertsgrund und damit zu einer Imageverbesserung führt.

Wohnungsentwicklung und Wohnungsbau

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen den Ausbau des familienfreundlichen und preiswerten Wohnungsangebots in der Stadt durch die GGH und ebenso den Erhalt und die behutsame Sanierung preiswerter Wohnungen. Dies soll beispielhaft bei den unter Denkmalschutz stehenden Häusern der „Blauen Heimat“ durchgeführt werden.
- Wir wollen 25 % preisgünstigen Wohnraum in der Bahnstadt realisiert wissen.
- Wir wollen ein breiteres Angebot an barrierefreiem Wohnraum.
- Wir setzen uns für die Verlängerung und Neuauflage von städtischen Förderprogrammen zum Erwerb von Wohnraum für junge Familien ein.
- Wir wollen die zügige Realisierung der neu ausgewiesenen Baugebiete mit Bodenpreisen und ÖKO-Standards, die auch für junge Familien bezahlbar bleiben.
- Wir wollen, dass Baugruppenmodelle von Seiten der Stadtverwaltung kompetente Unterstützung erhalten und Bauherrenmodelle für junge Familien bis 50.000 € Brutto-Jahreseinkommen durch Förderprogramm oder zinsgünstige Kredite bei Partnerbanken ermöglicht werden.
- Wir wollen altersgemischte Wohnformen und Mehrgenerationenhäuser weiter ausbauen. Die GGH soll Pilotprojekte initiieren und unterstützen.
- Wir stehen zur Strategie 2015 der GGH, die sowohl 50% des Wohnungsbestandes der GGH für einkommensschwache Haushalte für 5,50 €/qm Kaltmiete vorsieht als auch Neu- und Umbaumaßnahmen, die stadtweit zusätzlichen preisgünstigen Wohn-

raum mit hohem energetischen Standard für junge Familien entstehen lässt. Wir werden sehr genau auf die Einhaltung dieser Eckpunkte achten und darauf, dass die Umgestaltung unter Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter und bei intensiver Betreuung erfolgt. Diese Strategie darf nicht zu Lasten des Standards im sozialen Wohnungsbau führen. Die GGH ist unser wichtigster Partner auf dem Sektor der Wohnraumversorgung, wenn es um Schlussfolgerungen aus dem Bericht zur Sozialen Lage geht.

Verbesserung des Wohnumfeldes

Maßnahmen 2009-2014

- Wir fordern ein sozial verträgliches Wohnumfeld durch Quartiersmanagement in sozialen Brennpunkten und gezielte Angebote der offenen Jugend- und Gemeinwesenarbeit mit den Freien Trägern.
- Wir wollen die Schaffung von Spiel- und Freiflächen im Rahmen eines Programms für Stadtbegrünung. Durchgrünung – auch unterstützt durch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und durch Wettbewerbe – soll verbessert werden.
- Wir stehen für eine energetische Sanierung des Wohnungsbestandes auf hohem Niveau, da dies der Ökologie, dem Handwerk und vor allem den MieterInnen durch Betriebskosteneinsparungen nutzt.
- Wir wünschen uns auch mehr Mut zu guter und moderner Architektur im Stadtgebiet, wo dies verträglich ist.
- Wir wollen den öffentlichen Raum in den Stadtteilen aufwerten und gestalten, dabei soll ein Bezug zur Geschichte, Tradition und Kultur des Stadtteils hergestellt werden, so z.B. Wäschereiwesen in Ziegelhausen, Weinbau in Rohrbach, landwirtschaftliche Nutzung in Kirchheim, die Mühlentradition in Wieblingen, aber gleichzeitig den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht werden.

6 Wissen schafft Zukunft

Unser Ziel ist es, Heidelberg als attraktive Universitätsstadt mit hervorragendem Angebot an Kliniken **und den weltweit bekannten Forschungsinstituten**, wie dem DKFZ, den Max-Planck-Instituten, dem EMBL **weiterzuentwickeln**. Mit der ältesten Universität Deutschlands und mehreren Hochschulen mit insgesamt rund 35.000 Studierenden ist Heidelberg eine der profiliertesten Wissensstädte. Nahezu 4 von 10 Beschäftigten Heidelbergs arbeiten im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Dem Ziel, dieses hohe Niveau zu halten und Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige und gleichzeitig ökologisch tragfähige Entwicklung zu schaffen, fühlen wir uns verpflichtet. Die Bedürfnisse dieser Institutionen und der Menschen, die dort studieren, forschen und arbeiten, sind für uns auch künftig von herausragender Bedeutung für die Stadtentwicklung Heidelbergs. Sowohl in Bezug auf künftige Flächenbedarfe, weitere Wohnraumversorgung oder verkehrliche Anbindungen muss enger kooperiert werden. Zentraler Aspekt muss dabei sein, die drei großen Wissenschaftsstandorte in der Stadt, den Campus 1 im Neuenheimer Feld, den Campus 2 in der Bahnstadt und die Altstadt zu vernetzen.

Gemeinschaftlich gilt es Heidelberg weiter voranzubringen. Das heißt für uns regional und international Heidelberg als **exzellente Wissenschaftsstadt** zu präsentieren und optimale Bedingungen für Studierende, internationale WissenschaftlerInnen und deren Familien zu schaffen.

Universität und Stadt

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen eine konzeptionelle Planung für den zukünftigen Campus 2 in der Bahnstadt für wissenschaftsnahe Unternehmen und Existenzgründungen aus der Forschung heraus.
- Wir erwarten, dass sich Universität und Stadt als eine Einheit begreifen: gemeinsames Marketing, auch Abstimmung wichtiger Termine. Gemeinsame Bedarfsanalysen, Stadt unterstützt die Vermarktungsinitiativen der Universität.
- Wir sind für regelmäßige runde Tische mit allen Forschungs- und Hochschuleinrichtungen zur Bedarfsermittlung und gemeinsamer Planung.
- Wir fordern, dass die Stadt im Sinne der Studierenden laut wird und sich stark macht. Ihnen soll auch gegen ihre Rektorate öffentlich Unterstützung zukommen.
- Wir fordern, dass wieder ein Runder Tisch eingerichtet wird, an dem auch die Studierenden beteiligt sind und studentische Belange vertreten werden.
- Wir wollen Beschäftigung durch Bereitstellung von ausreichendem, bezahlbarem Wohnraum für Beschäftigte und Studierende der Universität, Forschungseinrichtungen und den Kliniken sichern, um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken. Dazu zählen wir den Bau eines städtischen Studierendenwohnheims in Kooperation mit dem Studentenwerk.
- Wir wollen ein breites Angebot an englischsprachigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sowie ein vielfältiges Kulturangebot und Begegnungsstätten.

- Wir wollen eine Verbesserung der Radwegesituation in der Altstadt und in die Nachbarstadtteile.
- Wir fordern ein günstiges, RNV-netzumfangsames Semester-Ticket für die Studierenden, das einen Preis von 100 Euro nicht übersteigt und keine weitere Anhebung des Sockelbeitrags.
- Wir sind für eine Vermittlungsbörse für qualifizierte Universitätsabgänger und Universitätsabgängerinnen und Betriebe, die qualifizierte Arbeitskräfte suchen.
- Wir fordern eine Verbesserung der Heidelberg-Card; die Studierendenvertretung muss bei der Neukonzeption eingebunden sein.

Chancen der Forschungs- und Klinikstandorte Neuenheimer Feld und Bergheim

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen die Straßenbahn ins Neuenheimer Feld auf der Trasse Kirschnerstraße/Im Neuenheimer Feld realisieren.
- Wir wollen die Lebens- und Studierqualität im Neuenheimer Feld erhalten und ausbauen, z.B. durch ausreichende Nahversorgung, sichere Wege und Plätze, Beseitigung von Angsträumen.
- Wir sind dafür, dass der Botanische Garten als grüne Lunge des Neuenheimer Feldes erhalten bleibt.
- Wir wollen das Handschuhheimer Feld in seiner derzeitigen Größe als Naherholungsgebiet und als Sondergebiet für Erwerbsgartenbau und Freizeitgärtner sowie seine biologische Vielfalt erhalten. Wir sind gegen weitere Baumaßnahmen wie die Ansiedlung des Heidelberger Reitervereins, Zufahrten zu einer 5. Neckarquerung und einen Zubringer Nord.
- Wir wollen den Zugang zum Neckarkanal im Rahmen „Heidelberg am Neckar - konsequent“ attraktiver gestalten, ebenso wie eine Fortführung der Neckarufersperrpromenade westlich der Ernst-Walz-Brücke.
- Wir setzen darauf, dass das mit dem künftigen Campus 2 in der Bahnstadt entstehende Forschungsdreieck in der Stadt: Neuenheimer Feld, Bahnstadt, Altstadt/Bergheim verkehrstechnisch durch ein attraktives Rad- und Fußwegenetz, eine gute ÖPNV-Verbindung optimal angebunden wird (Ausweisung der Schleuse als Radweg).
- Wir wollen auf dem Areal des Altklinikums Erweiterungsflächen für künftige Entwicklung der Universität oder anderer Forschungseinrichtungen vorhalten, deren Raumbedarf als Exzellenzuniversität in den nächsten Jahren zunehmen wird.

7 Raum für Toleranz- Begegnung - Sport

Unser Ziel ist es, dass Heidelberg eine tolerante Stadt bleibt, in der die unterschiedlichsten Menschen friedlich zusammenleben. Heidelberg nimmt gegenwärtig noch an EinwohnerInnen zu, vor allem aus dem Ausland. Zuwanderung aus unterschiedlichen Milieus, Nationen und Kulturen ist für eine Universitätsstadt Normalität. Sie ist für eine Stadt mit einer niedrigen Geburtenrate ein unverzichtbarer Beitrag zu einer Gesellschaft, die Vielfalt, Offenheit und Toleranz fördert. Der Demographische Wandel stellt Heidelberg deshalb vor allem vor die Herausforderung der gelungenen Integration. Dieser vielschichtige Prozess des Hineinwachsens in eine Gesellschaft umfasst Rechte und Pflichten sowie gegenseitige Toleranz.

Zum lebendigen Miteinander von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, sozialer oder ethnischer Herkunft gehört, dass Menschen in der Stadt **vielseitige Begegnungsräume** vorfinden. Vereine, Organisationen oder Bürgerinitiativen sind solche Begegnungsräume, sind Ausdruck eines lebendigen gesellschaftlichen Miteinanders, daher für uns zentrale und wichtige Bestandteile unseres gesellschaftlichen Lebens.

Jugendliche und junge Erwachsene wollen **nicht immer vorgefertigte Angebote für ihre Freizeitgestaltung** nutzen. Sie wollen ihre Kreativität und ihr Engagement nicht *nur* in den manchmal als eng empfundenen Rahmen konventioneller Jugendarbeit einbringen. Darauf muss die Politik reagieren, die **Eigeninitiative junger Menschen fördern** und ihnen die Freiräume zur Verfügung stellen, die sie zur Umsetzung ihrer Ideen benötigen.

Ein selbst bestimmtes Leben auch im Alter ist für uns eine Grundvoraussetzung in einer Stadt des Miteinander sind. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen in Heidelberg weiter verbessern. Dabei wollen wir die **Erfahrungen und Kreativität der älteren Menschen** nutzen.

Auch muss es Strukturen geben, die sicherstellen, dass die Bedürfnisse bestimmter Gruppen von Menschen in der Stadtverwaltung ausreichend Gehör finden. **Jugendgemeinderat, Ausländerrat/Migrationsrat und Behindertenbeirat sind für uns solche wichtige Vertretungs- und Beratungsorgane der Stadtpolitik und für uns unverzichtbar.** Die Einführung des neuen Dezernats für Integration verbunden mit einem eigenen Ausschuss für Integration und Chancengleichheit haben wir aktiv mitunterstützt.

Zur Stadtpolitik zählt für uns auch, den Bürgerinnen und Bürgern ein **attraktives Freizeitangebot** zu bieten. Eine herausragende Rolle nimmt dabei der **Sport** ein. Heidelberg ist eine national und international anerkannte Sportstadt. Viele Europameister, Weltmeister und Olympiateilnehmer/innen kommen aus Heidelberg. Die Stadt bietet ca. 45.000 Sporttreibenden in ihren Sportvereinen sowohl im Spitzensport als auch im Breitensport gute Möglichkeiten zur Entfaltung. 22 Sportplätze und 35 Sporthallen bieten für alle SportlerInnen gute Bedingungen, ihrem Sport nach zu gehen. Mit dem **Sportförderprogramm** spricht die Stadt Heidelberg alle Bevölkerungsschichten mit einem großen Angebot an. Auch in Zukunft sehen wir in der Förderung von Breiten- und Spitzensport eine wichtige Aufgabe. Hinzu kommt, dass die Vernetzung von Vereinen und Schulen eine wichtige Aufgabe wird.

Integration – Menschen verstehen einander

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen die Familienarbeit bei sozial benachteiligten Familien, besonders bei Migrantinnen und Migranten, weiterhin unterstützen. Das große soziale Engagement und

die Kompetenz Heidelberger Bürger/innen muss von Seiten der Stadt oder Freier Träger verfügbar gemacht und koordiniert werden. Die SPD hat deshalb bereits im Frühjahr 2007 die Erarbeitung eines Kommunalen Integrationsplanes im Gemeinderat durchgesetzt.

- Wir werden uns für die Förderung der interkulturellen Kompetenz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der städtischen Unternehmen und Einrichtungen einsetzen. Europa öffnet sich, es werden sich immer mehr Menschen, die andere Sprachen sprechen und andere Erfahrungen gemacht haben, bei uns aufhalten. Es ist unsere Pflicht, diesen Personen angemessen zu begegnen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass ab dem vollendeten 3. Lebensjahr für alle Kinder, bei denen ein Bedarf nachgewiesen wird, eine Sprachförderung beginnt, insbesondere ist eine spezielle Sprachförderung für Migrantenkinder und ihre Eltern wünschenswert.
- Wir wollen auch muttersprachliche Bildungsangebote für Kinder mit Migrationshintergrund zur Stärkung der sozialen und kognitiven Kompetenz. Der Stadt kommt hier eine Koordinierungsaufgabe zu.

Alt und Jung begegnen sich

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen Familien- und Bildungszentren als Bürgerhaus für alle Fragen zur Betreuung, Erziehung, Gesundheit mit Treff- und Kontaktmöglichkeiten in den Stadtteilen aufbauen, dabei haben Stadtteile mit hohem Anteil an von Armut betroffenen oder bedrohten Familien oberste Priorität.
- Wir sehen auch interkulturelle Begegnung und Austausch in den bestehenden Einrichtungen oder künftigen Bürgerhäusern in den jeweiligen Stadtteilen für Ziel führend.

Frei - Räume für Jugendliche

Maßnahmen 2009-2014

- Wir unterstützen ausdrücklich, die auf Eigeninitiative basierenden Projekte und Institutionen:
 - die Villa Nachttanz in Wieblingen
 - die Halle 02 am Alten Güterbahnhof
 - das Jugendcafé im Haus der Jugend
- Wir unterstützen die Initiative des Jugendgemeinderats, Räume für Bands, Konzerte, Gruppen- und Büroarbeiten sowie Kultur in allen Facetten für Jugendliche in der Stadt zur Verfügung zu stellen.
- Wir wollen dass das Bahnbetriebswerk zum Jugendbetriebswerk wird. Unter der Regie des Jugendgemeinderats soll dort ein Treffpunkt, eine Anlaufsstelle, eine kulturelle Arbeitsstätte für junge Menschen entstehen.
- Wir wollen einen Fördertopf/Projektmittel im Kulturetat für Jugendkultur-Projekte.

- Wir wollen, dass im Bereich des alten Römerbades am Nordbrückenkopf der Ernst-Walz-Brücke Grill- und Freizeitmöglichkeiten mit schwerpunktmäßigem Angebot für Jugendliche konzipiert werden.
- Wir wollen die Offene Jugendarbeit bedarfsgerecht weiterentwickeln. In Heidelberg besteht ein dichtes Netz an Angeboten der Offenen Jugendarbeit (Jugendzentren usw.). Dieses Angebot soll in Zusammenarbeit mit den Freien Trägern hinsichtlich Angebotsformen, stärkerer Vernetzung und Öffnungszeiten den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechend weiterentwickelt werden.

Selbstbestimmtes Leben im Alter – barrierefrei

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen eine neue Schwerpunktsetzung auf Seniorenfragen innerhalb des Amtes für Soziales und Senioren.
- Wir stehen für eine langfristige Sicherung der Arbeit der Akademie für Ältere.
- Wir wollen die Nahversorgung in den Stadtteilen langfristig sichern, notfalls mit Ankauf von Gebäuden in zentraler Lage durch die Stadt.
- Wir unterstützen die Förderung von Initiativen, welche die Kommunikationsmöglichkeiten und die Bildung von Netzwerken bei Älteren zum Ziel haben.
- Wir sind für den Ausbau eines speziellen Sportangebotes für Ältere in Zusammenarbeit mit den Vereinen.
- Wir wollen, dass sich der Anteil barrierefreier Wohnungen im Stadtgebiet erhöht. Einer Bedarfsanalyse für jeden Stadtteil sollen Zielvereinbarungen mit den Wohnungsbau-gesellschaften folgen.
- Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (Straßenbahnen, Busse und Haltestellen) weiter barrierefrei ausbauen.
- Wir wollen das dezentrale Angebot an betreuten Wohnungen in allen Stadtteilen ausweiten.
- Wir setzen uns für quartiersnahe Einrichtungen mit betreuten Wohnungen, ambulanter Dienstleistung, Kurzzeit- und Tagespflege sowie Nachtbetreuung unter einem Dach, möglichst als Mehrgenerationenhäuser, verwirklicht ein.

Sportförderung

Maßnahmen 2009-2014

- Wir stehen für die Weiterführung des Sportförderprogramms.
- Wir wollen die Erweiterung des Sportangebots für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für Menschen mit Behinderungen.
- Wir fordern die kostenfreie Bereitstellung von Sportgeräten auf öffentlichen Grünflächen bzw. im Wald (Sportpark).

- Wir begrüßen das Engagement privater Förderer, hervorragende Programme wie z.B. Schwimm-Fix oder KISS (Kindersportschule) müssen langfristig erhalten bleiben.
- Wir fordern die finanzielle Absicherung der Pflege der Sportstätten durch die städtischen Sportplatzleiter zur Qualitätssicherung.
- Wir wollen den Ausbau des Sportstättenangebots auf Grundlage einer von der Stadt zu erstellenden Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung, sowie der Vorlage einer Prioritätenliste mit Maßnahmenplan für die einzelnen Stadtteile.
- Wir setzen darauf, dass städtische Sportanlagen nicht-vereinsgebundenen Benutzerinnen und Benutzern auch offen stehen. Wir unterstützen ausdrücklich die Aktivitäten des Sportkreises mit ihren „Jugend-Sport-Treffs“, bei denen Jugendliche – viele mit Migrationshintergrund – ohne Leistungsdruck Sport treiben können. Auch Projekten von Stadt und Sportkreis wie z.B. „Kindergarten in Bewegung“ oder andere, bei der Kinder spielerisch an den Sport herangeführt werden, finden unsere volle Zustimmung und Unterstützung.

8 Unterwegs in Heidelberg

Unser Ziel ist es, Mobilität in Heidelberg für alle möglich zu machen. Dabei ist uns Gerechtigkeit zwischen allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer wichtig. Hierfür bedarf es eines **umfassenden Mobilitätskonzepts**, einem guten Miteinander und gegenseitiger Rücksichtnahme. Mobilität in der Stadt zu ermöglichen, setzt ein leistungsfähiges Straßennetz, ein bedarfsgerechtes Angebot an Bussen und Bahnen ebenso voraus wie sichere Überwege für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie breite, durchgängige Fahrradwege. Wir brauchen daher ein **gleichwertiges Angebot für alle Arten von VerkehrsteilnehmerInnen**. Naherholungsgebiete wie das Handschuhshheimer Feld dürfen nicht weiter mit Verkehr belastet werden, deshalb ist für uns ein Nordzubringer durchs Feld kategorisch ausgeschlossen. Wir wollen die Mobilität von Frauen, vor allem der älteren Mitbürgerinnen, ermöglichen durch die Vermeidung von Angsträumen und dem Erhalt des Frauenachttaxiangebots. Und wir wollen die Selbstständigkeit Mobilitätsbehinderter durch behindertengerechte Haltestellen und entsprechenden Fahrzeugen sicherstellen.

Mobil mit Bahn und Bus

Maßnahmen 2009-2014

- Wir plädieren für Jobtickets für alle öffentlichen Bediensteten der Stadt und des Landes.
- Wir wollen das Heidelberger Schienennetz ist zu einem attraktiven und wirtschaftlichen Gesamtnetz ausbauen. Das heißt:
 - Erschließung des Neuenheimer Feldes mit der Straßenbahn auf der Trasse Kirschnerstraße/Im Neuenheimer Feld
 - Erschließung der Altstadt mit der Straßenbahn
 - Weiterführung der Straßenbahn von Leimen und von Kirchheim nach Wiesloch-Walldorf sowie von Eppelheim nach Schwetzingen.
- Wir wollen eine durchgehende Beschleunigung durch Vorrangschaltung des ÖPNV an signalisierten Kreuzungen.
- Wir wollen einen barrierefreien Ausbau des Bismarckplatzes sowie sämtlicher Haltestellen und geeignete Fahrzeuge.
- Wir fordern ein verbessertes Angebot an Sonn- und Feiertagen für den Freizeitverkehr. Zusätzlich sollen auch Donnerstags die Moonliner fahren.
- Wir wehren uns dagegen, dass Heidelberg weiter vom ICE -Netz der Bahn AG abgehängt wird.
- Wir plädieren dafür, die DB -Fahrpläne auszuweiten bis mindestens 24.00 Uhr (Stuttgart; Frankfurt).
- Wir fordern eine rasche Realisierung der 2. Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar mit:
 - viergleisiger Strecke Mannheim-Heidelberg
 - vollwertigem Anschluss von Heidelberg an die S-Bahn-Linie Biblis-Mannheim-Weinheim-Darmstadt

- Bedienung aller Heidelberger Haltestellen an der S-Bahn-Linie Heidelberg-Sinsheim-Eppingen/Aglasterhausen

- Wir fordern eine Nacht-S-Bahn-Verbindung Heidelberg/Mannheim/ Ludwigshafen auch von 2-4 Uhr.
- Wir setzen uns nach wie vor für die Einführung des Kombitickets für das Heidelberger Schloss (Bergbahnticket + Schlosseintritt) zur Erhöhung der Attraktivität der Bergbahn ein. Alle unsere Bemühungen sind bisher an der Haltung der CDU-Landesregierung gescheitert.

Mobil mit dem Auto

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen ein leistungsfähiges Straßennetz mit verknüpften „intelligenten Ampeln“, die ein Fließen des Verkehrs ermöglichen.
- Wir wollen das Ampel-Aus-Programm ausdehnen und mehr grüne Pfeile zum Abbiegen einführen sowie die Umsetzung des „Shared Space“-Konzepts, d.h. gegenseitige Rücksichtnahme statt Verkehrszeichen.
- Wir unterstützen das Einrichten zusätzlicher Park- and Ride-Flächen, vor allem in der Nähe von S-Bahn-Haltestellen, wie z.B. am S-Bahnhof Pfaffengrund-Wieblingen
- Wir sind gegen eine fünfte Neckarquerung oder einen Zubringer Nord durch das Handschuhsheimer Feld zur Erschließung des Neuenheimer Feldes.
- Wir sind für die Ausweisung öffentlicher Stellplätze für car sharing.
- Wir sind für eine Verbesserung der Ruftaxiverkehre in Heidelberg, vor allem an Sonn- und Feiertagen
- Wir sind für dafür, dass das Frauennachttaxi als Maßnahme erhalten bleibt. Die Konzentration des Angebots auf besondere Zielgruppen, wie junge Mädchen und Seniorinnen, tragen wir nur unter dem Aspekt der finanziellen Substanzsicherung mit. Bei einer verbesserten Einnahmesituation der Kommune muss über eine Ausweitung des Angebots erneut diskutiert werden. Wir wollen eine Ausweitung auf die anliegenden Kommunen mit deren finanzieller Beteiligung.

Mobil mit dem Rad oder zu Fuß

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen, dass die Konzepte und Anregungen der Kinderbeauftragten zum sicheren Kinderwegenetz zügig realisiert werden.
- Wir wollen den Ausbau folgender Radwege: am Nordufer des Neckar entlang der Altstadt, Staustufe Karlstor – Alte Brücke, Ziegelhausen: Stiftsmühle – Haarlass- Alte Brücke – Theodor Heuss Brücke, Kirchheim: Gregor-Mendel-Schule (vom Pfaffengrund), Pfaffengrund: Baumschulenweg, Diebsweg, Handschuhsheim: Hans-Thoma-Platz-Dossenheimer Landstrasse, Rohrbach: Rohrbach-Markt-Leimen. Wir fordern ein Fahrradkonzept für den Bismarckplatz.

- Wir wollen den Bau der Fuß- und Radfahrerbrücke von Kirchheim nach Rohrbach (Franzosengewann-Sickingenstr.)
- Wir wollen, dass der Leinpfad zu einem breiten naturnahen Fußweg ausgebaut wird, um Rad- und Fußweg trennen (Ziegelhausen/Neuenheim) zu können.
- Wir wollen einen breiten Fußweg am Neckar entlang von Schlierbach nach Wieblingen
- Wir wollen, dass der Fußweg zum Schloss attraktiver gestaltet wird.
- Wir wollen an zentralen Stellen in der Stadt, z.B. Bahnhof und Neckarmünzplatz, Fahrradverleihstationen durch Heidelberg Marketing.

Mobil auf dem Neckar

Maßnahmen 2009-2014

- Wir sind für die Wiedereinführung der Neckarfähren jeweils zwischen Alter Brücke und Theodor-Heuss-Brücke sowie zwischen Theodor-Heuss-Brücke und Ernst-Walz-Brücke. Will man den Fluss wirklich erlebbar machen, ist seine trennende Wirkung zwischen Altstadt und Neuenheim aufzuheben. Dies könnten wir uns im Rahmen einer Beschäftigungsinitiative vorstellen.

9 Umweltschutz lohnt sich

Unser Ziel ist der dauerhafte Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft und Landschaft sowie die stetige Verbesserung der Umweltsituation. Bereits unter unserer Oberbürgermeisterin Beate Weber setzte sich Heidelberg in vielfacher Weise sehr erfolgreich und konsequent für Umwelt-, Klima- und Naturschutz ein. Zweimal wurde Heidelberg daher mit dem „European Sustainable City Award“ und war sowohl „Bundesumwelthauptstadt“ als auch „Bundeshauptstadt im Naturschutz“. Wir sind sehr dankbar, dass wir in Heidelberg **wichtige Projektpartner, Berater und Gutachter** zur Verfügung haben, wie BUND, NABU, Biotopschutz e.V. und das Institut für Energie und Umwelt (IFEU). Der Schutz der Umwelt ist eine Querschnittsaufgabe, die auf alle Bereiche der Kommunalpolitik: der Energieversorgung, der Freizeitgestaltung, der Landwirtschaft, der Verkehrspolitik, der Wirtschaftsförderung oder im Wohnungsbau und erst recht bei der Entwicklung neuer Stadtteile wie der Bahnstadt.

Die **Belastung durch Lärm** kann auch als eine Form der Umweltverschmutzung gesehen werden. Sie ist gesundheitlich besonders bedenklich. Hier darf sich das Augenmerk nicht allein auf den Verkehr richten. Deshalb unterstützen wir das von Gaststätten und dem Bürgerverein entwickelte Modell, den Lärm in der Altstadt zu reduzieren.

Bei zunehmender **Verknappung von Ressourcen** sehen wir für Städte und ihre Gesellschaften einen **besonderen Auftrag zum Umdenken**. Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, ist ein Erfolg und ein Beitrag für die Umwelt und die nachfolgenden Generationen. Weiter gilt es die Erzeugung regenerativer Energie voranzubringen. Dabei stehen Geothermie, Sonnenkollektoren, Solarzellen, Wasser- und Windkraft, sowie Kraft-Wärme-Kopplung im Mittelpunkt.

Die Stadt muss auch Landwirtschafts- und Gartenbaubetrieben bei der Umstellung zu Biobetrieben unterstützen und fördern.

Die Stadt Heidelberg erscheint als Akteur in verschiedenen Rollen. Wir werden uns auch künftig im Gemeinderat für eine Politik der Zukunftsfähigkeit stark machen, so dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gleichberechtigt verfolgt werden. Gerade in Zeiten knapp gewordener Finanzen bedarf es einer starken, weitsichtig handelnden Kraft.

Heidelberg als Energieverbraucher

Maßnahmen 2009-2014

- Wir fordern, dass Heidelberg auch weiterhin mindestens 25% seines Strombedarfs aus Grünem Strom deckt.
- Wir setzen uns für umfassende energetische Sanierung städtischer Gebäude zur Reduzierung des Energieverbrauchs ein.
- Wir fordern Energiepässe für alle städtischen Liegenschaften.
- Wir wollen, dass der städtische Fuhrpark auf verbrauchsarme Fahrzeuge umgestellt wird.
- Wir wollen Energiesparprogramme für Privathaushalte und Gewerbebetrieb lokal ausdehnen.

- Wir wollen, dass die Stadt einen Preis auslobt für kreative, umsetzbare Energiesparvorschläge von Bürgerinnen und Bürgern.

Heidelberg als Satzungsgeber

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen den Niedrigenergiehausstandard für alle Neubauten festschreiben.
- Wir wollen bei Nähe zur Fernwärme den Anschlusszwang vorschreiben.
- Wir wollen in Neubaugebieten Nah- und Radverkehr berücksichtigen und Shared Space prüfen.

Heidelberg als Planungsgemeinde

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen den Alt Neckar (Wieblingen) als Naturschutzgebiet erhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Handschuhsheimer Feld als kleinteiliger Grünbereich festgeschrieben wird.
- Wir sind gegen die 5. Neckarquerung.

Heidelberger Stadtwerke als Produzent

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen, dass Fernwärme als zentrale Energiequelle weitergenutzt und ausgebaut wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass ein Niedrigtemperaturnetz aufgebaut wird.
- Wir fordern von der Stadt und den Stadtwerken, dass die Geothermie vorangetrieben und ein Kraftwerk gebaut wird.
- Wir unterstützen den Bau weiterer Blockheizkraftwerke.
- Wir fordern die vermehrte Nutzung der Solartechnik. Wir denken dabei vor allem auch an das Aufstellen entsprechender Anlagen auf allen Dächern öffentlicher Gebäude sowie der Wohnanlagen der GGH.
- Wir wollen die Energieberatungen für Privathaushalte und Gewerbebetriebe stärken.

10 Kultur als Brückenbauerin

Unser Ziel ist es, die kulturelle Vielfalt Heidelbergs zu erhalten. Kultur ist für uns Bildung - ist Lebensmittel. Sie ist Geist und Seele einer Stadt. Für uns ist Kulturförderung daher keine freiwillige Leistung, sondern eine **zentrale Gestaltungsaufgabe der Kommunalpolitik**. Mit Kunst und Kultur werden wichtige Brücken zum gesellschaftlichen Erbe, zu Neuem und zum noch Fremden geschlagen. Die Stärken Heidelbergs im Kulturbereich liegen in der Literatur, in der Musik, beim Theater und bei einer vielfältigen Festivalszene mit Ausstrahlung. Dies gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Dabei fällt den städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen: Theater und Philharmonischen Orchester, Kurpfälzisches Museum, Musik- und Singschule und die Stadtbücherei ein wichtiger Beitrag zu.

Kultur ermöglichen

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen die Fortschreibung des Kulturberichts vom Dezember 2006 und Überprüfung der kulturpolitischen Leitlinien als kulturpolitische Standortbestimmung Heidelbergs innerhalb der nächsten fünf Jahre.
- Wir wollen die Sicherstellung der städtischen Kulturförderung, d.h. Förderung und Sicherung dessen, was gut ist, seit vielen Jahren Heidelbergs Kulturlandschaft prägt und was der Markt allein nicht in ausreichender Zahl und Qualität ermöglicht.
- Wer sind für die Bereitstellung von "Experimentierkapital" für neue Kunst- und Kulturprojekte.
- Wir erwarten, dass sich das Kulturamt als Servicezentrale versteht : Beratung und Förderung – „alles aus einer Hand“, vor allem für „NeueinsteigerInnen“, Aufbau und Betreuung einer zentralen Kulturdatenbank mit z.B. kommunalen und europäischen Förderrichtlinien, Räume- und Gruppenverzeichnissen.
- Wir wollen den Bezirksbeiräten in den Stadtteilen ein selbst verwaltetes Budget für Kulturprojekte im Stadtteil, pro Stadtteil 10.000 € pro Jahr, zur Verfügung stellen.

Der Kultur Raum geben

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen den Erhalt der ausgebauten Infrastruktur kultureller Bildung: Musikschule, Jugendkunstschule, Medienwerkstatt, Museums- und Theaterpädagogik, Musikvereine, Volkshochschule und Aufbau von Kooperationen mit den Schulen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich bewährte Kultureinrichtungen langfristig erhalten bleiben: DAI, Zimmertheater, Unterwegstheater, Karlstorbahnhof, Halle 02, Villa Nachttanz.
- Wir sind für die Unterstützung der vielfältigen kulturellen Vereine und der Stadtteilvereine .

- Wir wollen Räumlichkeiten mit eigenem Flair und besonderen Eignung für kreative, kulturelle Nutzung, in städtischer Hand behalten und Kulturschaffenden zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen.
- Wir setzen auf ein Management und eine Vermarktung der Marke „Heidelberg als Festivalstadt“ (Heidelberger Frühling, Schlossfestspiele, Enjoy Jazz, Filmfestival und so weiter).
- Wir wollen die Entwicklung eines internetgestützten Wegweisersystems für Kultureinrichtungen.
- Wir wollen in Absprache mit den Verbänden durch die Errichtung der so genannten „Stolpersteine“ die Erinnerung an unsere Geschichte lebendig halten.

11 Heidelberg als Teil der Metropolregion Rhein-Neckar

Unser Ziel ist es, dass Heidelberg seinen Beitrag zu einer erfolgreichen, sozialen und solidarischen Europäische Metropolregion Rhein-Neckar liefert. Metropolregion Rhein-Neckar, eine länderübergreifende Zusammenarbeit, die 2006 auf maßgebliches Betreiben der SPD mit einem Staatsvertrag zwischen Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz begründet wurde, ist eine große Chance für alle Menschen in unserer Region. Die Anerkennung als „Europäische Metropolregion“ fordert von allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besondere Anstrengungen. Es geht um eine noch intensivere Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden, der Bildungs-, Kultur- und Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft. Wichtige Impulse sind in den letzten beiden Jahren bereits gesetzt worden, diese gilt es Ziel führend weiterzuentwickeln. Regionale und interkommunale Kooperationen wollen wir auch im kleinräumigen, nachbarschaftlichen Bereich stärken und nach Situation ausbauen. Ein erfolgreiches Beispiel ist der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim, der die Flächennutzungsplanung bearbeitet. Doch insbesondere im gewerblichen Bereich, z. B. in Rohrbach-Süd, besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Maßnahmen 2009-2014

- Wir wollen, dass die Metropolregion sich zu einer der kinder- und familienfreundlichsten Region entwickelt in der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ausreichend Betreuungsangebote für Kinder gewährleistet ist.
- Wir wollen, dass Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität und einem nachhaltigen Umgang mit Natur und allen Ressourcen gemeinsam aufgesetzt werden
- Wir plädieren für eine regionale Bildungsstrategie. Das Heidelberger Konzept „Kommunale Bildungslandschaft“ kann hier federführend sein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Metropolregion mit Schwerpunkt Biotechnologie weiterentwickelt wird, um so weitere zukunftssichere Arbeitsplätze in der Region zu holen und zu sichern
- Wir unterstützen die verstärkten Kooperationen in den Bereichen Kultur, Freizeit und Erholung, um die Region als lebens- und liebenswerten Erlebnis- und Kulturraum erkennbar zu machen.
- Wir wollen, dass die jeweiligen Stärken der Städte und Gemeinden noch besser genutzt werden. Dies gilt natürlich auch für Heidelberg!
- Die Stadtentwicklungspolitik Heidelbergs muss sich ihrer Verantwortung für die Region immer bewusst sein und sich als Teil eines Ganzen betrachten.
- Wir sind überzeugt, dass die interkommunale Zusammenarbeit noch verstärkt werden muss, damit die kommunalen Aufgaben, die besser regional gelöst werden können, auch tatsächlich gemeinschaftlich gelöst werden.